

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 217 Nr. 76/122

Bezugspreis: von 12.-Bl. 5 M 1.20 Schmal. — Schillingen nehmen (Schmal. Schmalen, Postzeitung) und unter Umständen zugun. — 500000 enthält vom Betrag von Schillingen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

10 Spalten 6 M mit beste am-Gruppen: 10 Pfennig. Kleinanzeigen: 5 Pfennig. (Anzeigen-Zugang: 5 Pfennig. Schillingen: 2 Pfennig. Die größte 20 Pfennig. Abteil nach Zeit. Schillingen: 10 Pfennig.)

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach Leipzig 20 512.

Freitag, 23. Mai 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurierstr. 6390. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale

Neue Besprechung zwischen den bürgerlichen Parteien

Wiederaufnahme der Verhandlungen Einladung der Mittelparteien an die Deutschnationalen

Berlin, 22. Mai.

Die Mittelparteien einschließlich der Bayerischen Volkspartei haben heute vormittag in die Deutschnationalen die Einladung geschickt, an einer gemeinsamen Besprechung über die sachlichen Grundlagen für eine Arbeits- und Regierungsbildung teilzunehmen. Diese Besprechungen sollen — die Annahme der Einladung durch die Deutschnationalen vorausgesetzt — morgen vormittag stattfinden.

Das Thema der morgigen Verhandlung zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen ist sehr allgemein gehalten und lautet: Besprechung über die Fragen der Regierungsbildung. Mit dieser allgemeinen Fassung ist nach Meinung der Deutschnationalen ausgeprochen, daß alle auf die Regierungsbildung bezüglichen Fragen zur Sprache kommen sollen und daß nicht etwa die Personenfrage ausgeschlossen ist. Die hier ausgeprochene Ansicht der Deutschnationalen bedeutet infolgedessen ein Einlenken, als die Zäsur der Partei in den letzten Verhandlungen dahin ging, daß zuerst die Personenfrage gelöst werden sollte, bevor alle die bürgerlichen Parteien gemeinsam auf die Kandidatur des Großadmirals von Tizip eingehen sollten, und daß Herr von Tizip dann erst sein ausgearbeitetes Programm entwickeln sollte. Der für die Deutschnationalen leitende Gedanke war dabei, daß in der Besprechung dieser Zäsur die Häuser in Regierungslinien auflösen und politischen Schwierigkeiten und Kompromisse ausgeschlossen werden. Von Seiten der Mittelparteien wurde dagegen nicht so sehr die Person des Großadmirals von Tizip als die Zäsur der Deutschnationalen abgelehnt. Der Vorherrscher der Reichsliste der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz möchte darauf den Vermittlungsvorschlag, Herrn von Tizip, der Verhandlungen hinauszuweisen, damit er sofort sein Programm entwickeln könne. Diesen Vorschlag haben die Deutschnationalen abgelehnt. Dr. Schulz wurde darauf heute vormittag von seiner Fraktion beauftragt, die amnestischen der Gesamtfrage besonders eingehenden Verhandlungen mit Herrn von Tizip zu beginnen. Das Ergebnis seiner Verhandlungen war die oben bezeichnete Vereinbarung zu neuen Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei für Freitag vormittag 10 Uhr. Nach Lage der Dinge darf damit gerechnet werden, daß in den morgigen Verhandlungen entsprechend der Lösung des Nemas — der Gesamtplan, das heißt also die personellen und die sachlichen Probleme der Regierungsbildung, nicht werden. In Kreisen der Mittelparteien beweist man dabei nach wie vor auf das schon in seinen Verhandlungen bekannte außenpolitische Programm, auf das sich die Mittelparteien geeinigt hatten.

Ueber die Ausföhrten einer Kandidatur des Großadmirals von Tizip, die demnach als noch nicht fallen gelassen werden ist, läßt sich Bestimmtes nicht sagen. Sicher ist, daß ein bestimmter Kreis der Mittelparteien eine solche Kandidatur abgelehnt hat. Dagegen lautet die Pariser Nachricht, die Kandidatur Tizip sei auf einen Brief des englischen Vorkämpfers in Berlin fallen gelassen worden, auf freier Verbindung. Der „Köln-Anzeiger“ glaubte heute morgen sogar mitteilen zu können, daß wegen einer Kandidatur Tizip in London bereits vor den Parteibeamteten in London worden sei. Um übrigen hat Herr von Tizip vor einigen Tagen auch mit General Ludendorff eine Unterredung gehabt. Er soll dabei auch von Seiten der Böhlinen Freispartei in Halle seiner Bestimmung zum Reichstagspräsidenten bestimmt zu sagen erhalten haben.

Die Deutschnationalen nehmen an

Berlin, 22. Mai.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die Einladung zu einer Besprechung auf Freitag vormittag angenommen. Die Einladung geht von der Deutschen Volkspartei aus.

Die Verhandlungsgrundlagen

Berlin, 22. Mai.

Das Programm der morgigen Besprechung ist nicht bekannt, so daß der Komplex der schwebenden Fragen ohne bestimmten Gehalt behandelt werden kann. Die Mittelparteien sind allerdings offenbar, in die Verhandlungen ihr Programm mitzubringen, das den Deutschnationalen garzut noch nicht bekannt ist und also auch nicht, wie es von demokratischer Seite heißt, zur Grundlage dieser Besprechungen dienen soll. Ueber die Richtlinien der Mitte wird ein außerordentliches Stillhalten beobachtet, doch dürften sie entgegen einer in einem Berliner Abendblatt wiedergegebenen Information von angeblich aus unterrichteter Stelle nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur in großen, allgemeinen Zügen die von der Mitte leitende Politik darzustellen und damit auf eine Reihe politischer und wirtschaftspolitischer Unterlagen zurückgehen. Dieses Programm würde dann allerdings kein hartes

Schulds darstellen, das nicht nach der einen oder anderen Seite hin verändert oder ergänzt werden könnte.

Der angeschaltete Dr. Wirth

Berlin, 22. Mai.

Ueber die Vorgänge bei den Mittelparteien bringt das „Berliner Tageblatt“ eine Darstellung, nach der die endgültige Annahme des vollständig ausgearbeiteten gemeinsamen Programms der drei Parteien für die auswärtige Politik kaum gesichert ist, daß die Deutsche Volkspartei erklärte, nachdem die Deutschnationalen auf einer Besprechung über die Regierungsbildung eingeladen hätten, dürfe man nicht ein Programm annehmen, das den Weg nach rechts beschliesse. „Infolgedessen mußte die endgültige Entscheidung vertagt werden.“ Die weitere Folge war, daß der Abgeordnete Dr. Wirth, der bis dahin Unterhändler der Zentrumspartei war, die Besprechung niederlegte. Er erklärte, bei der Regierungsbildung müßten die Mittelparteien die Führung haben oder aber sie müßten in die Opposition gehen. Vorbedingung für die Führung sei aber die vorherige Annahme eines gemeinsamen Programms, das den Deutschnationalen vorgelegt werden müßte. Nachdem Dr. Wirth für sich die Konsequenzen gezogen hätte, wurde an seiner Stelle der Abgeordnete Siegerwald als Zentrumsvorstandsmitglied ernannt.

Diese Darstellung dürfte den Tatsachen mindestens sehr nahekommen. Daß der intrantische Flügel im Zentrum, vertreten durch Herrn Dr. Wirth, sich nicht durchgesetzt hat, wurde schon berichtet; um so befremdlicher könnte allerdings die getrigge Haltung des Zentrums gegenüber dem Tizip-Projekt erscheinen.

Austritt der Welfen aus der preussischen Zentrumsfraction

Berlin, 22. Mai.

Die die „Germania“ löst, haben die fünf Mitglieder der Deutsch-bannoberen Partei, die zur preussischen Zentrumspartei im Parlamentenverhältnis standen, diese Beziehungen gelöst. Sie begründen ihren Schritt mit der Haltung der deutschen Zentrumspartei in der bannoberen Wahlmündungsfrage.

Um die Regierungsbildung in Bayern

München, 22. Mai.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich neuerdings mit dem großen Schwierigkeiten für die Regierungsbildung in Bayern und bemerken dabei, daß die Notwendigkeit eines Staatspräsidenten sich vielleicht schon bei der Regierungsbildung zeigen werde. Rame eine Regierung nicht stünde, dann müßte zur Vermeidung eines Geschäftsministeriums. Dieser Ausweg führe aber aus den besonderen bayerischen Schwierigkeiten auch nicht heraus, weil ein Geschäftsministerium weder die bayerische Politik vor noch dem 8. November bereinigen noch die Staatsautorität wiederherstellen könne. Andererseits kann das Blatt die Hoffnung nicht teilen, daß eine Auflösung des neuen Landtages ein erhebliches anderes und für die Regierungsbildung günstigeres Bild ergeben würde.

Antlicher Einspruch der preussischen Regierung in München

München, 22. Mai.

Der preussische Geschäftsträger Ministerialrat Bent hat heute mittag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Nfiling ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten Deam überreicht, in dem die preussische Regierung gegen den Brief des bayerischen Innenministers Dr. Schwober an die Deutsch-bannoberen Partei Einspruch erhebt.

Preussischer Landtag

Berlin, 22. Mai, 12 Uhr mittags.

(Eigener Drahtbericht.)

Ueber den Haushaltsplan für 1924 erlärte Finanzminister Müller Bericht. Der neue Etat beläufigt mit rund 2310 Millionen Mark. Die Besprechung des Haushalts wird auf Montag vertagt.

Das Haus legt die Besprechung der großen Anfrage und der Lorenzfrage über die Vorgänge in Halle fort.

Hg. Dietrich (H.): Die Benutzung der Wiedererweckungsfeier des Volkstedenmals zu einer bürgerlichen Demonstration hat weder dem Charakter des zu Feiernenden noch dem Empfinden vieler Volkstreffs entsprungen. Die einschneidenden Befähigungen der Regierung seien nicht jetzt gegen. Der Kom-

munitätige Gesang der Arbeiter hatte unklarbar den Zweck, jene Veranstaltung zu führen. Es ist dabei Blut geflossen und es hat auch Tote gegeben. Die bürgerliche Agitation hat eine besondere Rolle durch die Reden erhalten, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind. Aber sich für das bürgerliche Publikum begreifbar ist kein anderer Vorkommnis, auch wenn es Augenblick heißt. (Sehr gut Zentrum und links.) Auch die Rede Ludendorff trägt den gleichen höchst bedenklichen Charakter. Nur ernstes politisches Bollen und ausgeprägtes Verantwortungsbewußt, nicht bürgerlicher Selbstherrlichkeit erhalten werden. Es ist schwer zu sagen, ob wir lernen bei nationalpolitischen Geist der vaterländischen Verbände ab, aber auch den antichristlichen dieser Verbände. In Sachsen wird von den Stahlhelmen der Krieg gegen die Schwarzen, gegen das Zentrum, offen geäußert. In Bayern und überall da, wo wir die Reichsliste haben, ist man hochföhrer. In den Organen der Reichsliste werden die Hitlerpartingänger als Heiden geprießen und die bürgerliche Reichsregierung als Hochverrat verurteilt. Wie kommt es, daß für diese Verbände so viel Geld für ihre Ausstattung, für ihren Unterhalt, für ihre politischen Veranstaltungen und Festtage vorhanden ist, während für unsere bürgerlichen deutschen Verbände im Ausland der Reichsliste gespart werden muß? Auch wird offenbar ein wenig mit allerlei Maß gemessen, wenn andersso verboten wird, was man in Halle glauben gehalten zu müssen. Statt der Geschäftsgemeinschaft, zu der uns die Not zusammenzuführen müßte, sehen wir uns immer immer höher und höher im Juridisch zum schriftlichen Geist, sonst ist keine Rettung. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Hillan (Kom.): Die Ausprache hat gezeigt, daß der Aufsicht der Reichsliste sein Ziel, Herrn Seebing fast zu stellen, trefflich erreicht hat. Das Maßungsgebot, das Herrn Seebing entziehen sollte, ist von Seebing selbst unterlassen gemacht worden, indem er die Verantwortung für die unangenehme Konformität in Halle voll und ganz übernahm. Wieder bemerken die Sozialdemokraten und der „Vorwärts“ bei ihrer Enttäuschungsfeier die bemerkenswerten Angehörigen. Herr Seebing hat der Deutschen Volkspartei in ein beschränkter Recht des Grundgesetzes. Die Rede Seebings hat über die politischen Konzepte keine Klarheit verbreitet. Er hat nach meiner Auffassung die Reichsliste gar nicht verdient wollen. Er müßte unbedingt wissen, was auf dem Spiel steht und müßte sich unbedingt auch die letzte Möglichkeit vorbehalten. Die mittelbare Arbeiterzeit war durchaus wünschenswert, die Parteiparade zu verhindern. Wir sehen im Aufmarsch von 100 000 Faschisten, der bewaffneten Garde des Kapitals und der Großindustrie, einen Angriff auf die Republik und die Arbeiter-Verständnisse. Es geht, den Reichslistenenden das Volksgesetz und die Volkswirtschaft entgegenhalten. Von dem Märchen von den gefällten Bäumen auf der Chaussee Marienburg-Galle rede ich gar nicht. Mit solchen Vorzeichen befehlt sich der Arbeiter nicht, wenn er die deutsche Republik verteidigt. Die verhassten Arbeiter sind von der Sippe in der gesamten Welt gefürchtet und mißachtet worden. Sie haben im Kolonialkrieg durch eine Seite mit Gummistoppel bewaffnete Polizeibeamten dreimal Speiketen laufen müssen. Den Gipfel der politisch-vaterländischen Gemeinheit haben die Vaterlandspartei am Tage des Vorkommnisses der drei kommunistischen Zoten durch die Benennung „Mutter der Arbeiterzeit“ wieder erreicht. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Hg. Dreßler (Soz.) begründet die Forderung in Halle als eine Verantwortung der Feinde der Republik. So wie die Reichsliste es teuren, will sie man im Lande. Die Weimarer Verfassung wird auch, wenn der Reichstagsantrag und der Landtagsantrag nicht wären. Denn braucht der Artikel 48 überhaupt nicht angewandt zu werden. Die Kommunisten hätten ja nichts anderes getan als die Reichsliste. (Anschließendes Lachen bei den Kommunisten.) Ernsthaft zu betonen ist nur, was sich von solcher Feindschaft, wie sie die Kommunisten zeigen, verführen lassen. Die die Feinde benannt haben, hätten sich früher benennen lassen als die Kommunisten. Eine rote Zentrale sei Halle aufgetaucht sein, wurde eine bürgerliche Reichsliste, die die Arbeiter mehrheitlich ablehnt. Seine Partei werde im Kampf Siegreich bleiben. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Hg. Seidenreich (Dsch. Ksp.) erklärt, in den nationalen Verbänden werde die Jugend in christlichem und nationalem Sinn erzogen. Die Kommunisten hätten in Halle zuerst auf einen Oberwachmeister geschlossen. Dieser sei dann mit Seebing und Reichslistenenden geschickt. (Beifall rechts.) Mit ganz anderen ist beabsichtigt gewesen. (Anschließendes Lachen und Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Gegenüber wiederholten Behauptungen der Kommunisten habe er zu erklären, er habe während und nach dem Kampftag und während der damit verbundenen Inruhe die Arbeiterklasse nicht betreten. Er sei während der mitteldeutschen Inruhen nicht im Semmerdort gewesen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Der Antrag der Kommunisten auf Rücktritt des Reichstags ufo. wird gegen die Antropfeller, abgelehnt.

Es folgt dann die Ausprache über die Entzüge auf Gehalt der Reichsliste der Reichsliste.

Im 12. Uhr wird die Verhandlung auf Montag 11 Uhr vertagt. Außerdem Staatsberatungen.

